

Abo **Mindestlohn-Abstimmung in Winterthur**

«23 Franken sind das Minimum» – «Das diskriminiert hiesige Firmen»

Am 18. Juni stimmt Winterthur über den Mindestlohn ab. Parlamentarierin Maria Sorgo (SP) und Désirée Schiess vom KMU-Verband diskutieren, ob die Initiative der Wirtschaft schadet und was sie gegen Armut nützt.



Jonas Keller, Delia Bachmann

Publiziert heute um 05:30 Uhr

L



Désirée Schiess (links) vom KMU-Verband ist gegen den Mindestlohn, Maria Sorgo (SP) setzt sich dafür ein.

Foto: Madeleine Schoder

Wir stimmen am 18. Juni ab. Was ist für Sie ein Lohn zum Leben?

Désirée Schiess: Man muss die Miete zahlen können, die Krankenkasse, Essen und Kleider. Damit landet man wohl tatsächlich bei rund 23 Franken. Ob der Stundenlohn reicht, hängt aber vor allem auch von den Lebensumständen ab: Bin ich eine alleinstehende Person, die 100 Prozent arbeitet, oder eine alleinerziehende Mutter?

Maria Sorgo: Aus meiner Sicht sind 23 Franken pro Stunde das Minimum. Man soll sich auch mal etwas leisten können – mit Freunden etwas trinken oder ins Kino gehen.

Wie viel liegt Ihr Lohn über dem vorgeschlagenen Mindestlohn?

Sorgo: Mein eigener Lohn liegt sicher deutlich darüber.

Schiess: Das ist bei mir auch so. Ich habe aber auch die Verantwortung über 150 Leute. Und ich verdiene nicht Millionen. Man muss da unterscheiden zwischen Managern in Grosskonzernen und inhabergeführten KMU.

Sorgo: Es geht uns auch nicht darum, dass KMU-Besitzer zu viel verdienen und deshalb den Lohn drücken.

Frau Sorgo, worum geht es Ihnen denn mit der Initiative?

Sorgo: Mit einer Vollzeitstelle muss man sich das Leben selbst finanzieren können. Es darf nicht sein, dass man dann noch zusätzliche Unterstützung braucht. In den Städten sind die Kosten zum Leben zudem höher. Mit einem städtischen Mindestlohn kann man das auffangen.

Frau Schiess, Ihr KMU-Verband ist dagegen. Was ist das Problem mit dem lokalen Mindestlohn?

Schiess: Auf kommunaler Ebene ist das einfach nicht sinnvoll. Am Schluss hat jede Stadt einen anderen Mindestlohn. Die Wirtschaft kann selbst faire Löhne festsetzen. Deshalb sind wir generell gegen ein staatliches Lohndiktat. Ich finde auch, dass jemand von einem 100-Prozent-Lohn leben können muss. Oft werden aber Beispiele herangezogen von Leuten, die gar nicht Vollzeit arbeiten.

Sorgo: Ich finde diese Unterscheidung problematisch. Zwei Drittel der Betroffenen sind Frauen, die oft aus familiären Gründen nur Teilzeit arbeiten. Zu sagen, sie sollen weniger Stundenlohn bekommen, ergibt für mich keinen Sinn.

Schiess: Der Stundenlohn ist ja nicht alles. Es gibt viele, die mehr als 23 Franken verdienen und trotzdem in der Arbeitsarmut sind. Wir haben in der Schweiz auch ein super Sozialsystem, das so etwas auffangen kann.

Der Mindestlohn würde den Working Poor aber helfen, einverstanden?

Schiess: Einem Teil, aber nicht allen. Eine Studie der ETH zeigt zum Beispiel, dass Working Poor nicht unbedingt unter 23 Franken verdienen. Es sind die Lebensumstände: Wenn man drei Kinder hat, dann kann man deutlich mehr verdienen und ist trotzdem arm.

Sorgo: Wir haben auch nie gesagt, dass der Mindestlohn die Armut in Winterthur beseitigt. Keine Massnahme kann das. Aber einem Teil der Betroffenen hilft er.

Schiess: Schade ist, dass mit diesem Giesskannenprinzip ein Haufen Leute profitieren, die gar nicht von Armut betroffen sind. Viele sind Studenten, die noch zu Hause wohnen. Es wäre besser, gezielt jenen zu helfen, die es wirklich brauchen.

Sorgo: Die Armutsbekämpfung ist ja nur ein Grund für den Mindestlohn. Auch Studierende sollten einen fairen Lohn für ihre Arbeit bekommen.

**«Es ist unglaublich wertvoll, zu spüren, dass
man seine Existenz selbst sichern kann.»**

Maria Sorgo, SP-Stadtparlamentarierin

Was, wenn der Arbeitgeber den Mindestlohn nicht zahlen kann? Ist ein tiefer Lohn nicht besser als gar kein Job?

Sorgo: Es heisst immer, Unternehmen würden aus Winterthur abwandern. Die meisten betroffenen Betriebe arbeiten aber lokal, sie können nicht einfach gehen. Und selbst wenn eine Firma nach Seuzach ziehen würde: Bei Aufträgen in Winterthur müsste sie sich trotzdem an den Mindestlohn halten. Die Berechnungen der ETH haben auch gezeigt, dass bei einem moderaten Mindestlohn keine Jobs verloren gehen.

Schiess: Es kommt immer darauf an, welche Studien man anschaut. Viele Studien aus den USA zeigen, dass durchaus Jobs verloren gehen: Entweder werden unquali-

fizierte Stellen durch wenige qualifizierte ersetzt oder die Arbeiten werden automatisiert. Was die Wegzüge betrifft, gebe ich dir recht. Es gibt KMU, die Winterthur gar nicht verlassen können.

Kennen Sie denn Unternehmen, die Leute entlassen oder die gar schliessen müssten?

Schiess: Mir ist keine Firma bekannt. Aber es haben wohl noch nicht alle durchgerechnet, was der Mindestlohn für sie bedeuten würde.

Die Stadt geht von 3600 Menschen in Winterthur aus, die profitieren könnten, knapp 5 Prozent aller Arbeitnehmenden. Von den Armutsbetroffenen hilft der Mindestlohn gemäss der bereits erwähnten ETH-Studie nur 7 Prozent. Rechtfertigen diese Zahlen einen solchen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit?

Sorgo: Ja, das denke ich schon. Auch Organisationen wie Caritas stehen hinter der Initiative, weil ein existenzsichernder Lohn ein Teil der Armutsbekämpfung sein muss. Natürlich braucht es auch die Sozialsysteme als Absicherung. Aber es ist für eine Person unglaublich wertvoll, zu spüren, dass sie ihre Existenz selbst sichern kann.



Désirée Schiess ist Präsidentin des KMU-Verbands Winterthur und führt die Schiess AG Reinigungen.

Frau Schiess, die Gegner der Initiative verweisen auf die Sozialpartnerschaft, speziell auf die Gesamtarbeitsverträge. Gemäss dem Gastronomie-GAV verdient jemand ohne Berufslehreabschluss weniger als 18.50 Franken pro Stunde. Ist diese Arbeit wirklich so wenig wert?

Schiess: Man muss da klar unterscheiden zwischen Leuten mit und ohne Ausbildung. Sonst wäre es nicht fair für Erstere. Zudem wurde der GAV nicht einfach von den Arbeitgebern diktiert. Es sitzen dabei immer beide Seiten am Tisch. Häufig gibt es auch einen 13. Monatslohn, Feiertagsentschädigungen, Aus- und Weiterbildungen, die übernommen werden, Frühpensionierung ... Im GAV wird mehr als nur der Lohn festgesetzt. Diese langjährige Partnerschaft untergräbt die Initiative nun.

Sorgo: Da widersprichst du dir jetzt selbst. Wie du sagst: Ein GAV umfasst viel mehr als nur den Stundenlohn. Und vieles ist schon gesetzlich geregelt – zum Beispiel, dass alle mindestens vier Wochen Ferien haben. Die Initiative macht einfach eine weitere Mindestvorschrift. Das ist kein Angriff auf die Sozialpartnerschaften an sich.

Schiess: Doch, ich finde schon. Man kann nicht einfach den Mindestlohn bestimmen, ohne Rücksicht zu nehmen auf die Eigenheiten einer Branche.

Sitzen die Arbeitgeber bei solchen Verhandlungen nicht am längeren Hebel?

Schiess: Ich bin überzeugt, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber dabei auf Augenhöhe verhandeln können.

Frau Sorgo, teilen Sie die Befürchtung der Gegner, dass der finanzielle Anreiz sinkt, eine Ausbildung zu machen?

Sorgo: Bei der Berufslehre geht es ja nicht nur um den künftigen Lohn, sondern auch um Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Gerade Leute über 30 werden zudem oft durch finanzielle Verpflichtungen davon abgehalten, eine Aus- oder Weiterbildung zu machen. Mit einem höheren Lohn könnten sie sich das auch eher leisten.

Schiess: Das sehe ich anders. Wenn jemand bei uns in der Reinigung eine Lehre mit EBA-Abschluss (*zweijährige berufliche Grundbildung, Anm. d. Red.*) macht, dann verdient er nachher etwa gleich viel wie mit dem Mindestlohn. Es wäre schade, wenn

solche Leute auf eine Lehre verzichten. Einer der Hauptgründe für Armut ist, dass jemand keine Ausbildung hat.

Sorgo: Wer als Ungelernter möglichst viel verdienen will, kann schon heute auf den Bau gehen, wo die Löhne weit über 23 Franken pro Stunde liegen. Ich arbeite viel mit Jugendlichen zusammen und weiss, dass es den meisten von ihnen – und ihren Eltern – wichtig ist, dass sie eine Ausbildung machen.

Schiess: Da habe ich andere Erfahrungen gemacht. Wenn man 15 ist, sieht man diesen Aspekt nicht unbedingt. Viele junge Leute sind schwer für eine Lehre zu motivieren.

«Niemand will gegen einen Lohn zum Leben sein. Doch wer ist bereit, ihn aus dem eigenen Portemonnaie zu zahlen?»

Désirée Schiess, Präsidentin des KMU-Verbands Winterthur

Der KMU-Verband wurde von der Stadt einbezogen, um einen Gegenvorschlag mit tieferem Mindestlohn auszuarbeiten. Trotzdem wollte er diesen dann nicht unterstützen. Hand aufs Herz, Frau Schiess: Gibt es überhaupt einen Mindestlohn, hinter dem Sie stehen könnten?

Schiess: Wir sind grundsätzlich gegen jeglichen Eingriff in die Freiheit der Wirtschaft. Der Markt regelt das.

Sorgo: Wir sehen doch immer wieder, dass das nicht stimmt. Der Markt kann nicht alles regeln.

Frau Sorgo, der Gegenvorschlag des Stadtrats sah 21.60 Franken vor, berechnet nach den Lebenshaltungskosten. Wieso die 23 Franken? Ist das nicht mehr als «ein Lohn zum Leben»?

Sorgo: Man kann das sicher unterschiedlich berechnen. Für uns geht es darum, dass das Leben gesichert ist, aber auch, dass man sich zwischendurch mal etwas leisten kann.

Für die Unternehmen würden die Personalkosten steigen. Ist das nicht ein Wettbewerbsnachteil für unsere Stadt?

Sorgo: Die Lohnkosten werden in gewissen Bereichen wohl tatsächlich etwas steigen. Dadurch werden vielleicht auch gewisse Produkte teurer. Der Anstieg dürfte aber relativ moderat ausfallen. Das zeigen auch die Berechnungen der ETH. Die Bevölkerung muss sagen, ob sie bereit ist, für den Kaffee ein bisschen mehr zu zahlen. Der Nutzen ist aber weit grösser als die Kosten.

Schiess: Bei einem Dienstleistungsbetrieb machen die Lohnkosten 80 bis 90 Prozent aus. Je nach Branche kann das also einen sehr grossen Einfluss haben. Aber klar, das ist die grosse Frage: Niemand will gegen einen Lohn zum Leben sein, doch wer ist bereit, ihn aus dem eigenen Portemonnaie zu zahlen?

Ein hohes Lohnniveau zieht gute Arbeitskräfte an. Bringt ein Mindestlohn nicht auch Vorteile?

Schiess: Das könnte ein Vorteil sein. Aber was passiert dann mit den weniger Qualifizierten, die einen Berufseinstieg brauchen?

Sorgo: Da sehe ich wirklich keine Gefahr. Untersuchungen zeigen, dass auch im niedrig qualifizierten Bereich keine Stellen verloren gehen. Und wenn die Leute mehr verdienen, können sie sich mehr leisten, was man auch in der Wirtschaft merken wird. Ich gehe davon aus, dass sich das mindestens ausgleicht, wenn nicht sogar positiv auswirkt.



Maria Sorgo ist seit 2014 für die SP im Stadtparlament und arbeitet als Psychotherapeutin in ihrer eigenen Praxis.

Foto: Madeleine Schoder

Die Stadt müsste die Einhaltung des Mindestlohns kontrollieren. Wie soll das passieren – gerade bei Firmen mit Sitz ausserhalb Winterthurs?

Sorgo: Unser Vorschlag war, eine Kommission mit Vertretern der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der Stadt zu schaffen. Das übergeordnete Recht erlaubt dies aber nicht. Man müsste deshalb noch ausarbeiten, wer das wie kontrolliert.

Schiess: Seien wir ehrlich: Wer kontrolliert eine Firma in Genf, die Arbeiten in Winterthur ausführt? Es ist viel wahrscheinlicher, dass Firmen in Winterthur kontrolliert werden. Damit werden hiesige Unternehmen diskriminiert.

Sorgo: Dieses Argument verstehe ich wirklich nicht. Man misstraut den Kontrollstellen, noch ehe sie mit dem Kontrollieren angefangen haben. Im Voraus zu sagen, dass es nicht geht, wäre eine Kapitulation.

Schiess: Man weiss ja noch gar nicht, wie diese Kontrollen überhaupt durchgeführt werden. Darum ist Skepsis schon angebracht. Es ist ein Irrsinn, zu glauben, dass man nachher Unternehmen in der ganzen Schweiz kontrollieren kann. Das funktioniert einfach nicht.

Sorgo: Es stimmt, dass wir noch nicht wissen, wie genau die Kontrollen stattfinden sollen. Es ist aber nichts Neues, dass man die Einhaltung von Arbeitsrecht und Arbeitsbedingungen kontrollieren muss. Für Firmen, die sich an die Vorschriften halten – und ich glaube, dass das in Winterthur der allergrösste Teil ist –, gehe ich nicht davon aus, dass der administrative Aufwand stark steigt.

Schiess: Wenn an einem bestimmten Standort andere Regeln gelten, dann führt das natürlich zu einem bürokratischen Mehraufwand.

Die Stadt könnte maximal Bussen von 500 Franken verhängen. Beeindruckt dieser Betrag die Firmen überhaupt?

Sorgo: Bei Verstössen würden die Firmen erst mal darauf hingewiesen. Erst in einem zweiten Schritt würden Bussen verteilt. Wenn es immer noch nicht klappt, müsste man sich weitere Massnahmen überlegen. Aber es ist schwierig, schon vor der Abstimmung alle Details zu kennen – das ist ja bei allen Initiativen so.

Schiess: Ich weiss nicht, ob sich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bewusst sind, dass man da eine neue Behörde für die Kontrolle schaffen muss. Das kostet auch wieder Geld. Wenn man dann bedenkt, dass der Stadtrat maximal 500 Franken Busse ausstellen darf – ich glaube nicht, dass das wirklich eine abschreckende Wirkung hat. Aufwand und Ertrag stimmen überhaupt nicht.

Frau Schiess, zum Abschluss: Sie sagen selbst, dass man von einem 100-Prozent-Lohn leben können sollte und dass ein Mindestlohn gewissen Leuten helfen würde. Warum sollen die Wählerinnen und Wähler trotzdem dagegen stimmen?

Schiess: Kommunal macht das einfach sehr wenig Sinn. Es führt zu viel mehr Aufwand, als es nützt. Die bewährten Instrumente wie die GAV helfen mehr gegen Armut, als allen einen Mindestlohn von 23 Franken zu geben.

Frau Sorgo, Sie haben selbst eingeräumt, dass die Produktkosten steigen könnten und dass ein Mindestlohn nur ein kleiner Teil der Armutsbekämpfung wäre. Warum ist ein Ja am 18. Juni trotzdem die richtige Entscheidung?

Sorgo: Arbeit soll sich lohnen, und bei einem Vollzeitpensum sollte man davon leben können. Das gilt für Armutsbetroffene genauso wie für andere Arbeitnehmer. Dieses Prinzip sollten wir auf lokaler Ebene festschreiben.

Den Podcast können Sie kostenlos hören und abonnieren auf Spotify, ↗ Apple Podcasts ↗ oder Google Podcasts. ↗ Falls Sie eine andere Podcast-App nutzen, suchen Sie einfach nach «Dialogplatz».

Dialogplatz | EP40

Die Psychologin, die Korsette schnei...



00:00

33:39

1X

PRIVACY

SHARE

SUBSCRIBE

E40	Die Psychologin, die Korsette schneidert	33:39
E39	Seit fast 50 Jahren schützt sie Tiere	44:33
E38	Eltern sollten Kinder nicht überbetreuen	38:40
E37	Die Wolfsmutter von Winterthur sagt Adieu	50:53
E36	Die Motocrosserin, die gegen Männer antritt	40:25

Jonas Keller ist Redaktor im Ressort Stadt Winterthur, für das er seit 2019 schreibt. Er ist in Winterthur aufgewachsen, hat eine kaufmännische Lehre absolviert und an der ZHAW Kommunikation studiert. [Mehr Infos](#)

Delia Bachmann ist Redaktorin im Ressort Stadt Winterthur. Nach dem Bachelor in Internationalen Beziehungen an der Universität St. Gallen absolvierte sie die Diplombildung am Medienbildungszentrum (MAZ). [Mehr Infos](#)

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

1 Kommentar